

HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 08/17

www.hamburgerforum.org



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

16. Juli 2017

zeitgleich zum G20-Gipfel fand bei der UNO die Abstimmung über ein Verbot von Atomwaffen statt. Und anders als beim Hamburger G20-Gipfel kam dabei auch etwas heraus: Mit großer Mehrheit beschlossen die versammelten Staaten ein solches Verbot. Es ist eine Schande, dass sich Deutschland (und die anderen NATO-Staaten) hieran nicht beteiligen wollen. Mit unserer Veranstaltung am Hiroshimatag wollen wir den Finger in diese Wunde legen:

Kundgebung zum Hiroshimatag im Rahmen des Ohlsdorfer Friedensfestes 6. August, 11 bis 13 Uhr, Mahnmal der Bombenopfer Es singt und spielt Kai Degenhardt

Weitere Argumente gegen die Atomenergie und zum Programm unserer Veranstaltung könnt ihr unserem Flugblatt zum Hiroshimatag entnehmen, das diesem Rundbrief beigelegt ist.

Wir haben uns als Friedensbewegung stark in die Proteste gegen den G20-Gipfel eingebracht. Die beiden friedenspolitischen Podien beim Alternativgipfel waren mit jeweils 400 TeilnehmerInnen sehr gut besucht. Und bei der Demonstration waren wir mit einem Redebeitrag auf der Auftaktkundgebung und einem eigenen Lautsprecherwagen mit einem bunten Programm aus Redebeiträgen und Livemusik beteiligt. Dass etwa 80.000 Menschen an dieser Demonstration teilnahmen, ist ermutigend und zeigt: Es sind viele, die mit uns gemeinsam Militarismus und Neoliberalismus ablehnen. Bislang sind wir jedoch nicht stark genug, um die militaristische Politik der Bundesregierung zu stoppen. Die massiven Polizeieinsätze zeigen aber auch, dass sie Angst davor hat, dass der Protest für sie zu stark wird. Nachdem anfänglich auch in bürgerlichen Medien die Polizeigewalt als nicht mehr angemessen wahrgenommen wurde, kippte nach den Krawallnächten in der Schanze und in Altona die mediale Debatte wieder in die uns nur allzu bekannten Forderungen nach mehr Repression und einem verschärften „Weiter so!“ der herrschenden Politik. Hier müssen wir beharrlich unsere Forderung nach Abrüstung als Grundvoraussetzung zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme und unsere Kritik an Militarismus und Neoliberalismus weiter vertreten. Von durchsetzungsfähigen politischen Mehrheiten in diesen Fragen sind wir noch weit entfernt.

Die nächsten Gelegenheiten, unsere Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen, sind der schon oben erwähnte Hiroshimatag und dann der Antikriegstag. Haltet euch das Datum schon einmal frei. Im Anschluss an die Demonstration am 1. September wird es am Abend im Gewerkschaftshaus eine Veranstaltung des Ver.di-Arbeitskreises Frieden zur Rüstungskonversion mit Anne Rieger geben, die zuvor bei unserer Demonstration sprechen wird. Genaueres dazu im nächsten Rundbrief.

Unser Protest bleibt unverzichtbar. Wer uns dabei unterstützen will, ist eingeladen, mit uns zusammen friedensbewegte Aktionen voranzutreiben. Die diskutieren und planen wir auf unseren Vorstandssitzungen:



Dienstag, 1. und 15. August • 18.00 Uhr • Curiohaus • Rothenbaumchaussee 15

Wer teilnehmen möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bei uns (Adresse Seite 1 unten).
Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Gegen die Eskalationsstrategie des Hamburger Senats

Protestnote des Hamburger Forums

Mit Entsetzen und Empörung haben wir die Eskalationsstrategie des Hamburger Senats und seines Polizeipräsidenten gegen zeltende oder friedlich blockierende Demonstrationsteilnehmer verfolgt. Es wurde nicht nur das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit buchstäblich in den Dreck getreten. Zugleich wurde das offiziell gepriesene „Fest der Demokratie“ schon vor Beginn des G20-Treffen zu einer Orgie der Gewalt seitens der Politik und des Staates.

Die seit Wochen herbeigeredete „linksradikale Gewalt“ wird stattdessen brutal von der Polizei aus-

geübt. Offensichtlich mit dem Ziel, die grundgesetzlich gesicherten demokratischen Rechte der Bevölkerung außer Kraft zu setzen, Unsicherheit und Angst zu verbreiten und den berechtigten Protest gegen eine Politik der Kriege, Ausbeutung und Hunger und Umweltzerstörung zu diffamieren und kleinzuhalten. Wir fordern gemeinsam mit zehntausenden Bürgern, Organisationen und Initiativen die ungehinderte Ausübung unserer demokratischen Rechte und Freiheiten. Wir versichern allen Kriegsgegnern, Antifaschisten und Grundgesetzverteidigern unsere Solidarität.

Eine andere Welt ist möglich – und nötig!

Redebeitrag von Markus Gunkel bei der Auftaktkundgebung der G20-Demonstration am 8.7.

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde, liebe Mitdemonstrierende,

jedes Jahr wird die ungeheuerliche Summe von über 1,6 Billionen US-Dollar für Rüstung ausgegeben, mit jetzt wieder steigender Tendenz. Die heute hier in Hamburg versammelten Regierungschefs der sogenannten G20-Länder sind ungefähr für 80 Prozent dieser gigantischen Summe verantwortlich. Allen weit voran die USA mit 611 Milliarden US-Dollar, gefolgt von China mit 215 und Russland mit 69 Milliarden Dollar.

Deutschland ist dabei, seine Rüstungsausgaben kräftig zu erhöhen. Das vielmals verkündete Ziel von bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt 2 % Rüstungsausgaben würde beinahe eine Verdoppelung des Rüs-

tungshaushaltes bedeuten. In 2016 gab Deutschland 41 Milliarden US-Dollar aus.

Auch beim Rüstungsexport sind viele G20-Länder führend. Wieder weltweit voran die USA, gefolgt von Russland und China und auch Deutschland ist mit einem vorderen Platz in den Top ten dabei.

Die hier versammelten Staatschefs sind direkt oder indirekt verantwortlich für den Großteil des weltweiten Kriegsgeschehens. Man sollte sie von Hamburg direkt nach Den-Haag vor den Internationalen Gerichtshof schicken und sie wegen Kriegsverbrechen anklagen.

Wenn ein solcher Gipfel Sinn machen sollte, dann nur dann, wenn die Regierungschefs substantielle Abrüstungsschritte beschließen würden. Dann würde das Geld zur Verfügung stehen für die von der UNO beschlossenen zukunftsfähigen Weltentwicklungsziele. Nicht einmal zehn Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben wären nötig, um die Ziele im Bereich Bildung zu erreichen, etwas mehr als weitere zehn Prozent wären nötig, um weltweit extreme Armut und Hunger zu beseitigen. Nicht einmal die Hälfte der weltweiten Rüstungsausgaben würden für alle Entwicklungsziele ausreichen.

Dieses eklatante Missverhältnis bringt uns heute auf die Straße, um gegen die Politik der neoliberalen G20 zu protestieren und den versammelten Staatsmännern und -frauen entgegenzuhalten:

Eine andere Welt ist möglich – und nötig!



Der Reichtum der westlichen Metropolen fußt auf der Armut Afrikas

Redebeitrag des Bündnisses Bildung ohne Bundeswehr (BoB) auf dem Lautsprecherwagen der Friedensbewegung bei der G20-Demonstration am 8.7.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

bereits im November des letzten Jahres protzte der SPD-Innenminister Hamburgs, Andy Grote, mit der martialischen Ausrüstung der Polizei. Mit Verweis auf einen neuen Panzerwagen und anderes erworbenes Gerät sagte er, die Bundeswehr werde zur Wahrung der Sicherheit beim G20-Gipfel nicht benötigt. Die Polizei könne alles selbst erledigen. Nun: Die Bundeswehr ist natürlich trotzdem in Hamburg im G20-Einsatz und hilft, wo sie nur kann. Und wir haben auch in den letzten Tagen gesehen, dass die Polizei die Lage nicht im Griff hatte. Trotz der potenten Technik. Vielmehr hat die Polizei durch gezielte Rechtsbrüche, brachiale Gewalt gegen Demonstranten und durch die Kriminalisierung legitimen Protests der Bundesregierung und dem Senat den Rücken freigehalten.

Das Geschäft, welches die Polizei im Inland besorgt, erledigt im Ausland die Bundeswehr. Während an der Heimatfront die Wahrung der inneren Ordnung das Ziel ist, geht es im Ausland darum, die Großmachtträume der deutschen Politik zu realisieren und die ökonomischen Interessen deutscher Konzerne mit Waffengewalt durchzusetzen.

Dafür schickt die herrschende Klasse der Bundesrepublik, gegenwärtig im Windschatten des Großen Bruders aus den USA, zum dritten Mal innerhalb eines Jahrhunderts ihre Landser auf dieselben Schlachtfelder überall auf der Welt. Auf dem Balkan sind sie bereits seit den 1990er Jahren. An der Grenze zu Russland, das erneut zum Hauptfeind im Osten auserkoren wurde, stehen deutsche Soldaten im Rahmen der NATO-Osterweiterung und vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts. Verschiedene Regierungskoalitionen im Deutschen Bundestag haben auch dafür gesorgt, dass der afrikanische Kontinent nicht vernachlässigt wird.

Anders als im 19. Jahrhundert will man dieses Mal nicht das Nachsehen im Wettlauf um Afrika haben. Allein fünf der derzeit 17 Auslandseinsätze der Bundeswehr finden südlich des Mittelmeers statt. Auch das größte Kontingent deutscher Militärs außerhalb der eigenen Grenzen ist derzeit nicht mehr in Afghanistan stationiert, sondern im westafrikanischen Mali. Mit gleich zwei Einsätzen und über 1.000 Soldaten sollen dort angeblich Frieden gesichert und Terrorismus bekämpft werden. Tatsächlich geht es aber um die Kontrolle der geostrategisch wichtigen Sahelzone, durch die zum Beispiel Flüchtlingsrouten führen. Dazu passt, dass in der Hauptstadt des Nachbarstaats Malis, in Niamey im Niger, seit Kurzem eine deutsche Militärbasis aufgebaut wird. Die Bundeswehr ist

also gekommen, um zu bleiben.

Zur Peitsche gibt es selbstverständlich das Zuckerbrot dazu. Mit großen entwicklungspolitischen Initiativen, wie zum Beispiel dem sogenannten Marshallplan mit Afrika, verspricht die deutsche Bundesregierung den afrikanischen Staatsoberhäuptern das Goldene vom Himmel. Dabei dient dieser Plan, der eine Erfindung des Bundesentwicklungs- und -wirtschaftsministeriums ist, faktisch der Absicherung des Finanzkapitals deutscher Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent und der Markterschließung für Waren aus Westeuropa. Im Paket mit den zahlreichen Freihandelsabkommen, die Deutschland und die EU den afrikanischen Staaten seit Jahren oktroyieren und oktroyieren wollen, handelt es sich bei den Offerten um vergiftete Angebote. Sie sollen die ökonomischen Profite des deutschen Kapitals erhöhen und den politischen Einfluss der Bundesrepublik gewährleisten. Gleichzeitig schaden sie der afrikanischen Bevölkerung. Lediglich die einheimischen Statthalter deutscher Interessen bekommen für ihre Loyalität ein paar Krümmen vom Kuchen ab. Die Verdammten dieser Erde von Algier bis Kapstadt überlässt die Bundesregierung wie seit Jahrzehnten weiter dem sicheren Hungertod.

Dass Angela Merkel Afrika auf die Tagesordnung des G20-Gipfels gesetzt hat, ist aber nicht nur angesichts der gegenwärtigen Politik gegenüber den 54 formal unabhängigen afrikanischen Staaten heuchlerisch und zynisch. Insbesondere der Reichtum der westlichen Metropolen fußt auf der Armut der afrikanischen Peripherie. Die Entwicklung der einen basiert auf der Unterentwicklung der Anderen. Die Geschichte der westlichen Zivilisation ist eine der Ausbeutung und Unterdrückung der afrikanischen Arbeiter, Bauern und Marginalisierten. Dabei müssten eben diese die Geschicke ihrer Länder bestimmen, nicht die G20, die hier in Hamburg lediglich ihre Einflussphären abstimmen und voneinander abgrenzen.



Wir können nur hoffen, dass der einstige kongolische Unabhängigkeitskämpfer Patrice Lumumba trotz aller Widrigkeiten Recht behält. Er sagte: „Eines Tages wird die Geschichte das Sagen haben, aber nicht die von Brüssel, Paris, Washington oder der

Vereinten Nationen. Afrika wird seine eigene Geschichte schreiben, und es wird nördlich und südlich der Sahara eine Geschichte von Ruhm und Würde sein.“

Die G20-Vertreter repräsentieren uns nicht

Redebeitrag von Manfred Lotze auf dem Lautsprecherwagen der Friedensbewegung bei der G20-Demonstration am 8.7.

Moin moin, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Wir demonstrieren für grenzenlose Solidarität, weil die Machteliten für ihre umgrenzten Privilegien kämpfen. Deswegen sind unsere Forderungen nicht nur Frieden, soziale Gerechtigkeit und demokratische Freiheiten, sondern wir stellen auch die Systemfrage.

Wir sind die internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs und Ärzte in sozialer Verantwortung, kurz die IPPNW. Mein Name ist Manfred Lotze.

Das kapitalistische System regiert die Welt mit Kriegen gegen Menschen und Natur. Ihr wisst das. Welche Wege aus dieser fortschreitenden Verwüstung unseres Planeten Erde gibt es?

Unser ärztlicher Rat fordert Gewaltfreiheit, Ächtung der Atomwaffen, keine Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen und eine solidarische Gesundheitsversorgung auf der Basis einer universellen Ethik.

Unsere Welt wird hauptsächlich bestimmt durch Kriege und durch strukturelle Gewalt wie Verelendung durch Freihandelsverträge. Das sind auch die wesentlichen Fluchtursachen für Abermillionen Menschen aus Afrika und Asien. Unsere Aufgabe als Friedensbewegung ist die Aufklärung darüber, welche Länder illegale Kriege führen und durch Freihandelsverträge die Souveränität anderer Länder untergraben und deren Reichtümer ausbeuten.

Die G20-Vertreter Trump und Putin, Erdogan und Xi, Merkel und Macron usw. repräsentieren uns nicht – die Welt, die sie wollen, geht auf unsere Kosten.

Dabei sind wir uns durchaus der erheblichen Heterogenität der Gruppe der G20 bewusst, sowie auch

des sehr unterschiedlichen Ausmaßes an Verantwortung ihrer einzelnen Regierungen für die zerstörerischen Konsequenzen des Agierens der G20.

Beispiel: Militärausgaben nur der europäischen NATO-Länder übertreffen die gesamten von Russland und China zusammen. Die USA allein geben mit 611 Milliarden US\$ rund 10mal mehr als Russland aus.

Und Erhöhung von Militärhaushalten geht immer mit Einsparungen für das Gemeinwohl, mit Sozialabbau einher.

Die Interessen der Vielen dürfen nicht dem Willen einiger Weniger unterworfen werden!

Ich fasse zusammen was wir im Aufruf der IPPNW zur heutigen Großdemonstration fordern im Gegensatz zu den G20-Regierungen:

- gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung,
- den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen,
- die gerechte Verteilung der globalen Ressourcen,
- ein Gesundheitswesen ohne neoliberale Profitinteressen,
- die Sicherstellung unabhängiger Information,
- radikale Demokratie statt Beherrschung unseres Lebens durch Finanzmärkte und Oligarchie,
- internationale Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen statt Aufrüstung der Einsatzpotentiale und Forderungen nach deutschen Atomwaffen.

Dazu eine aktuelle Ergänzung: Gestern gab es in der UNO-Vollversammlung eine historische Abstimmung über die Ächtung der Atomwaffen einschließlich des Verbots der Androhung ihres Einsatzes. 122 Staaten haben am 7.7.2017 einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen verabschiedet. Eine Minderheit hatte diese Versammlung boykottiert, darunter auch Deutschland und die anderen G20-Staaten. Das ist für uns Friedensaktivisten ein Durchbruch, denn damit handelt künftig auch die Bundesregierung mit der nuklearen Teilhabe in der NATO und der Verfügung über US-Atomwaffen in Deutschland gegen geltendes Völkerrecht.

Danke für's Zuhören! Empört Euch und engagiert Euch weiter!

Manfred Lotze ist Sprecher der IPPNW-Regionalgruppe Hamburg

